



Herausgegeben
von der Pressestelle
der Evangelischen
Kirche in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
Tel.: (0511) 2796-264/268
Fax: (0511) 2796-777

Pressemitteilung

48/2011

„Religiöser Terror darf nicht das letzte Wort haben!“ EKD-Auslandsbischof verurteilt Mord an christlichem Minister in Pakistan scharf

Der Auslandsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Schindehütte, hat den Mord an dem pakistanischen Minister für religiöse Minderheiten am heutigen Mittwoch aufs Schärfste verurteilt. „Shahbaz Bhatti war ein Hoffnungsträger für die religiösen Minderheiten und ist mutig für die Menschenrechte in Pakistan eingetreten. Es ist eine sehr schmerzliche Folge seiner festen Haltung und seines konsequenten Handelns, dass er dafür mit seinem Leben bezahlen musste.“ Dieser schreckliche Anschlag, so befürchtet Schindehütte, solle weiter Unfrieden zwischen den Religionen schüren und den Druck von islamischen Fundamentalisten auf die Regierung erhöhen. „Es kann nicht sein, dass durch solche brutalen Gewalttaten ungehindert Angst und Schrecken verbreitet werden. Der religiöse Terror darf nicht das letzte Wort haben!“ so Schindehütte weiter. Konkret forderte der Auslandsbischof die pakistanische Regierung auf, sich von solchen Attentaten nicht einschüchtern zu lassen und die Minderheiten im eigenen Land besser zu schützen. Aber auch die EU und die Bundesregierung sollten sich gegenüber Pakistan noch entschiedener und mit politischen Konsequenzen für die Menschenrechte und insbesondere für die Religionsfreiheit einsetzen.

Der einzige christliche Minister in der Regierung von Premier Yousuf Raza Gilani hatte sich mit seinem Einsatz gegen das so genannte Blasphemie-Gesetz viele Feinde gemacht. Mit diesem Gesetz können für Menschen, die den Islam kritisieren oder aus dem Islam konvertieren, schwere Strafen bis zur Todesstrafe verhängt werden. Er trat für eine Reform ein und kämpfte für eine Rehabilitation von Asia Bibi. Die christliche Frau wurde zum Tode verurteilt, weil sie in einem privaten Streit den Propheten Mohammed kritisiert haben soll. Schon vor einigen Wochen war der Gouverneur der Provinz Punjab ebenfalls wegen seines Eintretens für religiöse Minderheiten ermordet worden.

Gemeinsam mit zahlreichen ökumenischen Partnern und den pakistanischen Kirchen fordert die Evangelische Kirche in Deutschland schon lange eine Aufhebung dieses Gesetzes, das Angehörige von nichtmuslimischen Religionsgemeinschaften systematisch diskriminiert. Sie bittet die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere die UNO mit ihrem Menschenrechtsrat, auf die uneingeschränkte Wahrung der Menschenrechte in Pakistan hinzuwirken.

Hannover, den 02. März 2011

Pressestelle der EKD
Reinhard Mawick